



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/80

6. April 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Lob des Bundestags	S. 1
Dänische Wahl-Analyse	S. 3
Internationale Flüchtlings-Konferenz in Hannover	S. 4
Kommunisten belagerten das Bundeshaus	S. 5
"Combat" zur Industrie-Lockerung	S. 6
Staatspropaganda mit Kriegsversehrten	S. 7

Gute Arbeit

P.R. Das Bundesparlament hat in diesen Tagen neben anderem zwei Gesetzentwürfe von überdurchschnittlicher Bedeutung behandelt, den über die Mitbestimmung im Bergbau und in der Stahlindustrie und den zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Personalkreises nach Artikel 131 des Grundgesetzes, der für Hunderttausende lebenswichtig ist. Das geschah in einer Weise, die besonders vermerkt werden muss, zumal es leider weit verbreitete Gepflogenheit geworden ist, mit schneller, oft vorschneller Bereitschaft Kritik an der Arbeit des Bundestages zu üben.

Es handelte sich sowohl bei der Mitbestimmung wie beim Artikel 131 um zweite Lesungen, also um jenen Teil der parlamentarischen Verabschiedung von Gesetzentwürfen, der in der Beratung der einzelnen Artikel und Paragraphen besteht und ihr Kernstück bildet.

Wer den Sitzungen am Mittwoch, Donnerstag und Freitag beiwohnte, wird einen starken Eindruck von der Sachlichkeit, Gründlichkeit und Loyalität empfangen haben, mit der die Beratungen geführt wurden, auf deren Substanz hier nicht eingegangen werden soll. In beiden Fällen handelte es sich um sehr komplizierte

Materien von gleichzeitig grosser politischer Bedeutung. Es hätte also die Möglichkeit bestanden, dass ein Parlament, dem man so gern am Zeuge flickt, vor der Auseinandersetzung mit den materiell-technischen Schwierigkeiten in die bequemere politische Polemik ausgewichen wäre. Das ist bis auf gelegentliche Entgleisungen in dieser Richtung nicht geschehen.

Der aufmerksame Beobachter konnte vielmehr immer wieder das Bemühen der Abgeordneten feststellen, sich ehrlich mit dem Stoff und dem Gegner auseinanderzusetzen, zu überzeugen und sich nicht mit einer möglichst brillanten Darstellung der eigenen Auffassung zu begnügen. Man stiess dabei auf eine hohes Mass an Sachkenntnis auf allen Seiten und musste den Eindruck gewinnen, dass die Akteure sich in den vorbereitenden Beratungen sowohl innerhalb der einzelnen Fraktionen wie der interfraktionellen Ausschüsse ausserordentlich gründlich und sorgfältig mit jeder Einzelheit und jedem denkbaren Gesichtspunkt beschäftigt hatten. Vor allem aber wurde über die bisherigen Ansätze hinaus eigentlich zum ersten Male eine wirklich echte Debatte erreicht, in der Rede auf Gegenrede, eng aufeinander bezogen, folgten, so dass das Bild einer sehr erfreulichen Lebendigkeit entstand. Am Donnerstag war das Haus bis gegen 11 Uhr abends voll besetzt, obwohl man einen unerhört anstrengenden Tag hinter sich hatte.

Die Tribüne des Hauses war an diesen Tagen, vor denen hier gesprochen wird, gut besucht - in erster Linie von Interessenten an der behandelten Materie. Selbst ihnen wird es nicht immer leicht gewesen sein, den verschlungenen Pfaden in diesem Irrgarten vorgesehener Gesetzesbestimmungen und Abänderungsanträge zu folgen. Den anderen, die nicht unmittelbar beteiligt und interessiert waren, mögen die Gegenstände vielleicht sogar etwas spröde und langweilig erschienen sein. Wer Sensationen erwartete, kam nicht auf seine Kosten. Jeder aber, der offenen Auges und Ohres den Vorgängen folgte, musste begreifen, dass der Bundestag sehr ernsthaft und verantwortungsbewusst arbeitet. Das ist gewiss eine Selbstverständlichkeit. Da sie aber so oft verkannt oder, böswillig oder unwissend, so oft bestritten wird, ist es gut, wenn diese Tatsache einmal so deutlich wird, wie es hier der Fall war.

Wahlen in Dänemark

K.R.K. Kopenhagen, im April.

Am 3. April ist die Hälfte des dänischen Volkes an der Wahlurne gewesen. Die Wähler der Provinzen Bornholm, Seeland (ausser der Hauptstadt Kopenhagen) und des südlichen Jütland haben die Elektoren gewählt, die ihrerseits über die Neubesetzung von 28 Mandaten des Landstings (Orste Kammer) zu entscheiden haben.

Der Wahl kam grosse politische Bedeutung zu. Das Land befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen Krise, für welche die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie verantwortlich machen möchten. Die sozialdemokratische Regierung ist vor einigen Monaten über die Freigabe der bis dahin rationiert gewesenen Butter gestürzt worden. Die bürgerlichen Parteien, die die Freigabe der Butter nach bester Möglichkeit politisch ausgenutzt haben, waren jedoch ebenfalls nicht imstande, die durch die Wirtschaftsstruktur des Landes bedingten Probleme zu lösen. Preise und Steuern klettern in die Höhe, die Einfuhr wird gedrosselt, die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen wächst in vielen Bevölkerungskreisen.

Verglichen mit den Stimmzahlen der Parlamentswahl im Herbst 1950, ist die Sozialdemokratie die einzige Partei, die diesmal in allen drei Wahlkreisen Gewinne aufzuweisen hat. Nach den bisher bekanntgewordenen Ergebnissen werden die Sozialdemokraten mit ziemlicher Sicherheit alle ihre zur Wahl gestellten Kammermandate behaupten, wogegen besonders die Konservativen Mandate verlieren dürften. Den Regierungsparteien dürfte die Lust zu Neuwahlen jedenfalls vergangen sein. Vor allem hat sich die Hoffnung der bürgerlichen Parteien auf Wiedereroberung der Mehrheit im Landsting nicht erfüllt. Dieses Ergebnis wird von der Sozialdemokratie umso lethafter begrüsst, als es bei der geplanten Verfassungsänderung ins Gewicht fällt.

+ + +

Zur internationalen Flüchtlingskonferenz in Hannover

(sp) Hannover als grosse Drehscheibe zur Ostzone und Niedersachsen als ein Land mit immer noch 1.200 grossen und kleinen Flüchtlingslagern - dieser Raum mit seinen von Krieg und Nachkrieg gezeichneten Problemen, ist wie kaum ein anderer geeignet, die deutsche Flüchtlingsfrage in allen ihren Ursachen und Wirkungen, in ihrer Tiefe und scheinbaren Ausweglosigkeit dem zu präsentieren, der dafür Interesse hat. Das ist einer der wesentlichsten Gründe dafür, dass das Internationale Rote Kreuz (IRK) seine "Internationale Rotkreuz-Flüchtlings- und Vertriebenenkonferenz" nach Hannover verlegt hat. Vom 9. bis 15. April werden 60 Frauen und Männer des IRK, zumeist die Vorsitzenden ihrer nationalen Verbände, also Männer von Einfluss und Sachkenntnis, zusammen mit den Frauen und Männern, die an der Spitze des Deutschen Roten Kreuzes stehen, die deutsche Flüchtlingsfrage diskutieren, um, wie es Gräfin von Waldsee, Vizepräsidentin des DRK, formulierte, "einen Beitrag zur Lösung des schwersten Problems Europa zu leisten".

Dass es kein isoliert-deutsches Problem sei, das ist das Stichwort dieser Konferenz. Diese Auffassung ist nicht neu. Aber die Vorarbeit, die bisher auf ähnlichen Konferenzen geleistet wurde, und vor allem die Anlage des Programms dieser Konferenz lassen den Schluss zu, dass diesmal mehr versucht wird, als man von solchen Veranstaltungen gewohnt ist.

Konferenzen pflegen durch eine Flut von Reden gezeichnet zu sein. Auch auf dieser Konferenz wird viel gesprochen werden, aber am Anfang, das sei dankbar vermerkt, wird die Tat stehen. Zwei Tage lang werden die ausländischen Teilnehmer der Tagung kreuz und quer durch Niedersachsen geführt, damit sie in Flüchtlings- und Massenlagern, in den sogenannten Durchgangslagern (Uelzer, Friedland), in DP-Lagern usw. Gelegenheit haben, an Ort und Stelle Elend und Hoffnungen der deutschen Flüchtlinge kennenzulernen und zu sehen, was von deutscher Seite bisher getan und was versäumt wurde. Es wird nicht notwendig sein, den Ausländern Potemkinsche Dörfer im umgekehrten Sinne vorzusetzen; die rauhe Wirklichkeit von 109.000 "Lagermenschen" (allein in Niedersachsen) wird die Grösse und In-

tensität des Problems stärker demonstrieren, als es Statistiken und Reden von Flüchtlingsministern vermögen. Dabei wird der Schweizer Ehrenhold, Initiator und Organisator der "Operation Link", der Aktion, die bisher über 33.000 Deutsche aus Polen in die Bundesrepublik gebracht hat, im Durchgangslager Friedland den Dank einheimen können, der ihm bisher von den unmittelbar Beteiligten vorenthalten werden musste.

Mit den Eindrücken aus den Lagern behaftet, werden sich die Ausländer den Konferenzwunsch der Deutschen gegenübersehen, "die bisherige Hilfe der ausländischen Verbände zu koordinieren und Schwerpunkte zu schaffen" (Gräfin von Waldersee) und "mit Hilfe der Ausländer die einzelnen Regierungen in Europa stärker auf das Problem hinzuweisen und dadurch Einflüsse auf die politischen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu erlangen".

Die Grösse dieser Absicht entspricht der Grösse des Problems. Acht Millionen Vertriebene in Westdeutschland, kritisch nach vielen Enttäuschungen, werden eine Woche lang ohne Illusionen nach Hannover blicken. Mehr als Wohlwollen konnte man bisher auf internationalem Boden für das deutsche Flüchtlingsproblem nicht ernten, soweit amtliche Faktoren in Frage kommen. Das gilt für die Unesco wie für Strassburg. Dem IRK kann man aber am Beginn der Konferenz bescheinigen, dass es mehr getan hat, als ihm zustand. Das Beispiel Schwedens, das 1950 über 46 Mill. Schwedenkronen für die deutsche Flüchtlingsbetreuung geopfert hat, mag für alle anderen nationalen Verbände sprechen.

- + +

Nächstens bringen wir unsere Männer mit . . .

d.g. Der Bundestag hatte dieser Tage Besuch. Unangemeldeten Besuch von etwa 300 Frauen, von denen man im Bonner Bundesthaus oft hören muss, dass sie für Politik und Parteien kein Interesse hätten und daher auch unter den 410 Abgeordneten mit ihren Vertreterinnen nur eine verschwindende Minderheit bilden. Dieser Frauenbesuch allerdings widerlegte die angebliche politische Uninteressiertheit der Weiblichkeit.

Noch bis vor Bonn hatte die Gesellschaft fröhliche Rheinlieder

gesungen und man hätte in ihr ein Kaffeekränzchen auf Rädern vermuten können. Als sie die Bundesmetropole erreicht hatten, verwandelte sich die harmlos getarnte Gesellschaft zu einem in politischer Strategie und Taktik wohlgeschulten Vortrupp mit sowjetzonaler Fernsteuerung. Als Formierten sich kleine Züge, in denen Frauen mit kostbaren Pelzmänteln ebenso häufig waren wie solche mit löcherigen Strümpfen und zerschlossenen Mänteln. Den Handtaschen, in denen man Butterbrote oder Kuchen vermutet hätte, entrollten FDJ-blaue Transparente und geschulte Stimmen führten Sprechchöre an. Im Gespräch mit den Frauen, von denen einige zugaben, dass sie dem "überparteilichen" Demokratischen Frauenbund angehören, freute man sich ebenso über schwäbische, rheinische und bayrische Dialekte, wie man über schlecht zu verbergende Heimatlaute aus Sachsen und Thüringen erstaunt sein konnte. Aber diese Frauen wollen nicht hinter der Zonengrenze hergekommen sein, sie waren "aus dem Deister" oder "aus dem Harz". Sie schienen auch nicht um die liegengebliebene Hausarbeit oder gar seinen Verdienstentgang zu bangen. Ebenso bereiteten ihnen die Fahrtkosten quer durch die Bundesrepublik keine Sorge. Das sei eine Kleinigkeit gewesen und sie könnten, wennnötig, auch noch einen Tag länger bleiben.

Als sie die Polizei aus der noch immer nicht gesetzlich festgelegten Bannmeile des Parlamentes abzudrängen versuchte, hörte man Ankündigungen möglicher kommender Ereignisse: "Nächstens bringen wir unsere Männer mit" u.ä. Es hätte nicht der geflüsterten Gespräche der "Gruppenführerin" mit dem KP-Abgeordneten Fisch und des Auftretens der als Omnibusfahrer getarnten "Friedenskämpfer" bedurft, um zu wissen, dass dieser Hausfrauennachmittag in Pankow in Szene gesetzt worden war. Nächstens kann es also ein "Familienausflug" werden und niemand in Bonn weiss, ob dann die Männer nur Butterstullen und Transparente in ihren Taschen tragen werden.

+ + +

Ein französisches Urteil

(sp) "Bei der alliierten Besetzung Deutschlands ist soeben eine entscheidende Epoche zu Ende gegangen", schreibt der Pariser "Combat" (linksextrem) u.a. zu den jüngsten Industrie-Erleichter-

rungen in Deutschland. "Die jetzt gefällte Entscheidung ist vielleicht die erste, die zutiefst die derzeit geltenden politischen Gegebenheiten verändern kann. Es müssen starke politische Erfordernisse sein, die die Alliierten dazu führen, auf einmal auf ihre letzten Garantien hinsichtlich wirtschaftlicher Sicherheit zu verzichten. Der erste dieser Gründe ist wahrscheinlich die Notwendigkeit, Bundeskanzler Adenauer zu stützen, der ein treuer Anhänger der alliierten Politik ist."

+ + +

Protest gegen ein Plakat

(sp) Seit kurzen erregt in der Grenzzone Südbadens Aufsehen und lebhafteste Mißstimmung ein Plakat, das einen an Kricken einherhumpelnden Kriegsversehrten zeigt. Darunter steht geschrieben, dass die Hinterziehung der Zollgebühren dem Staat die Gelder wegnehme, die er zur Versorgung der Kriegsofizer benötigt.

So erfreulich es sein mag, dass die Zollbehörde den Kampf gegen den Schmuggel und die Aufklärung der Bevölkerung über seine Bedeutung für den Staat mit modernen Mitteln betreibt, so wenig glücklich kann man die Idee finden, dafür ausgerechnet die Aufwendungen für die Versorgung der Kriegsofizer als Beispiel heranzuziehen. Mit Recht hat deshalb der Kreisverband des Bundes der Kriegsbeschädigten in Lörrach gegen dieses Plakat bei der Zollbehörde Protest erhoben.

Nimmt man dazu die immer noch andauernde, durch weitere Protestversammlungen, auch der Gewerkschaften verstärkte, neuerdings durch scharfe Angriffe in der Schweizer Presse unterstützte Bewegung gegen die neue Verordnung über den Kleinen Grenzverkehr, so darf man feststellen, dass die Bundesregierung bei der Bevölkerung an der deutsch-schweizerischen Grenze sich keiner Beliebtheit erfreut. Aber daran ist Bonn selber schuld.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmitt